

Von der doppelt freien Lohnarbeit in die „fürsorgliche“ Zwangstätigkeit

Ein drängendes Problem – auch der Linken

„Dritte Arbeit“ als Wieder-Eingemeindung von zwangsverpflichteten aussortierten Arbeitslosen in einen Solidaritätszusammenhang der Arbeitenden - Richter/Vellay versuchen dies in ihrem Text in der UZ vom 9.7.10, auf Seite 15. Das ist der erste Teil eines Referates bei einer Tagung der Marx-Engels-Stiftung am ... in Essen. Sie versuchen damit ein drängendes gesellschaftliches Problem in den hochkapitalistischen Ländern, gerade auch für Linke und Marxisten, offensiv aufzugreifen: Die zunehmende Arbeitslosigkeit, ihre zunehmende Dauer für einen zunehmenden Teil (5-20%), die teils schlechter und kürzer ausgestatteten Regelungen für den Unterhalt, die schlechter werdenden Absicherungen für das Alter und die negativen Wirkungen auf die Kinder, die in derartigen Verhältnissen aufwachsen müssen. Zunehmende Verarmung ist die Folge, „Prekariat“ und „Unterschicht“ sind in der BRD die meist abschätzig verwendeten Vokabeln, oder auch einfach „Hartz IV“.

Für weniger oder mehr Lohn arbeiten in diesen Ländern 80-90 Prozent der Erwerbstätigen. Wovon wiederum mehr als die Hälfte über kein Vermögen verfügt und auch kein „kulturelles Kapital“ in Form von Bildungsabschlüssen, überdauernden Qualifikationen oder Beziehungen erworben haben, was bestehende Arbeitsverträge absichert oder den Zugang zu neuen wahrscheinlich macht. Die Unmoral derartiger Zustände wird weit über linke Kreise hinaus beklagt und angeprangert, von marxistisch beeinflussten Kritikern wird zusätzlich die fatale „Normalität“ solcher Entwicklungen unter kapitalistischen Bedingungen herausgestellt.

Keine gemeinsame Diagnose und Therapie

Bisher gibt es in der BRD von linken Theoretikern keine gemeinsame Diagnose über die Ursachen: Globalisierung, Finanzmarktkapitalismus, oder auch einfach die kapitalistische „Logik“ sind einige der unterschiedlichen Stichworte dazu. Es gibt auch keine gemeinsame Strategie von Gewerkschaften und linken politischen Organisationen um dieser Entwicklung entgegen zu treten. Auch die Arbeitslosen selbst haben sich bisher weder allein noch in den anderen Gruppierungen in relevanter Weise organisiert und ihre Interessen vertreten. Die vielen, vielen Initiativen zur Unterstützung oder zur Selbsthilfe mit den unterschiedlichsten ideologischen Hintergründen haben daran bisher nichts ändern können. Einzig in der Partei „Die Linke“ finden sich unter den Aktivisten auch etliche Empfänger von Hartz IV und bei den Wählern hat „Die Linke“ aus diesem Bereich von allen Parteien den größten Zulauf. Die Reaktionen reichen von Aktivismus, über stille und ohnmächtige Wut, bis zur Ablenkung und Resignation – der übergroße Teil der Lohnabhängigen versucht die ökonomische Lage der Abgehängten und seine eigenen Ängste vor allem zu ignorieren oder zu leugnen.

Die herrschenden ökonomischen Kreise haben 1998 in Schröder ihren großen Steuersparer und nach 2003 in ihm den sozialpolitischen „Noske“ für die „Behandlung“ der Arbeitslosen gefunden. Mit der Agenda 2010 und speziell mit Hartz IV, konnten sie ihre Gewinne von den Unterhaltskosten der „Nutzlosen“ erheblich zu entlasten, indem diesen etwas Armut „zugeteilt“ wurde. Größer ist dieser „Erfolg“ jedoch durch die damit erzeugte Angst vor dem Absturz in diesen sozialen Keller bei den Noch-Beschäftigten – *jede Arbeit zu jedem Preis* ist eine der Folgen. Außerdem werden Arbeitslose mit dem täglichen Überleben und die noch ordentlich Beschäftigten mit Arbeitsstreß, aber auch dem Genießen des noch oder zunehmend Verfügbaren so in Atem gehalten, dass sie keine Zeit für Gedanken über politische Forderungen und Aktivitäten zur Verbesserung der Verhältnisse haben, von Klassenkampf gar nicht zu reden.

Mit beiden Gruppen als Konsumenten verdient dann ein anderer Teil des Kapitals daran, Großveranstaltungen zur Euphorisierung oder Selbstbetäubung der Massen zu organisieren (100 Tausende oder gar Millionen bei allen möglichen „events“, vom Fußball bis zur „Love parade“ – aber nur noch 50-60 % Wähler und Kümmergrößen bei Kundgebungen und Demos, vom 1. Mai nicht zu reden).

Wo bleibt die Einheit der Arbeiterklasse ?

Für Marxisten besteht darüber hinaus die Schwierigkeit, dass das „Ausfransen“ der aktiven Lohnarbeiterschaft an ihrem unteren Ende immer wieder neu die Frage stellt, wer denn noch zur Arbeiterklasse gehört - neben den durchschnittlichen Lohnabhängigen (ganz abgesehen von den theoretischen und empirischen Problemen der Bewertung einer produktiven Beteiligung an der Mehrwertproduktion, dem Tatbestand ausgebeutet zu werden, dem Warencharakter der Arbeitskraft, der Qualifikation, der Stellung in der Betriebshierarchie, der Entlohnungshöhe). Dazu kommt die Frage, wo bei den Arbeitslosen die Reservearmee endet, deren Mitglieder zumindest periodisch die Chance haben wieder einen Lohnarbeitsvertrag abzuschließen und ausgebeutet zu werden und auf diese Weise den Preis der Arbeitskräfte auf den entsprechenden Märkten zumindest mit zu bestimmen oder wer schon langsam in die „Lazarusschicht“ der Aussortierten abgeschoben wird.

Da sich seit mehreren Jahrzehnten die proletarischen Milieus in den Industriezentren nicht nur in der BRD aufgelöst haben, was wohl niemand bestreitet, kann auch ersatzweise kein proletarisches Alltagsleben mehr die Zugehörigkeit zu einer praktischen sozialen Klasse eines (Industrie-) Proletariats bewirken.

Es gibt also weder die lebenspraktische Einheit von beschäftigten Lohnarbeitern, den Arbeitslosen und den Aussortierten gegenüber den Unternehmern, noch eine organisierte Einheit gewerkschaftlicher oder politischer Art (was früher die organisierte Arbeiterbewegung ausmachte) und nicht einmal eine ähnliche politische Haltung in den Wahlen. Aber es gibt auch innerhalb der politischen Linken kein gemeinsames Verständnis über die potentielle gesellschaftliche und politische Rolle der unteren Schichten. Für manche linke Strömungen sind die Aussortierten das neue, potentiell revolutionäre Proletariat. Für andere gehören sie theoretisch dazu, können aber organisatorisch nicht erfasst und politisch-praktisch nicht in Stellung gebracht werden. Für alle bilden sie aber eine lähmende Demonstration ihrer politischen Ohnmacht gegenüber dem politisch gestützten Selbstlauf der Kapitalverwertung – die mit dem Reichtum eine überflüssige Bevölkerung produziert.

Richter/Vellay befassen sich nun in ihrem Referat, gerade auch im ersten, in der UZ abgedruckten Teil, mit einer besonders perfiden Erfindung neoliberaler Sozialstaats-Abbauer:

Arbeitserziehung oder moderne Zwangsarbeit ?

Der Einrichtung einer Art von *Arbeitsverpflichtung*, falls man aus der „aktiven“ Reservearmee in die Langzeitarbeitslosigkeit hinüberraht – was zunächst rein zeitlich bedingt ist, aber eine kräftige Herabstufung des Unterhaltes und der Rechtsposition mit sich bringt: vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV. Gerechtfertigt wird das mit der Zuschreibung mangelnder Vermittlungsfähigkeit, was dann unversehens in die vermeintlich mangelnde Arbeitsfähigkeit umgedeutet wird. Hierbei werden dann Ursache und Wirkung erst in der vermeintlichen Diagnose und dann durch die Praxis vertauscht: Wer nicht mehr regelmäßig mit eigener Arbeit seinen Lebensunterhalt verdient, der verliert mehr oder weniger schnell nicht nur seine Selbständigkeit und Würde, sondern meist auch seine Arbeitsfähigkeiten. Außerdem macht Arbeitslosigkeit vor allem seelisch krank. Um diesem erst vermeintlichen oder dann tatsächlichen Mangel abzuhelpfen, müssen nun nicht mehr vor allem Nachschulungen oder Umschulungen her, sondern eine Art Arbeitstraining unter Anleitung und Aufsicht. Da aber die Agentur für Arbeit keine eigenen Werkstätten, Büros, Verkaufsläden oder Praxen als Lehreinrichtungen zum Training organisieren will, werden die Arbeitslosen mehr oder weniger zwangsweise, bei Strafe der Unterhaltskürzung, an Veranstalter von „Trainingsarbeit“ überstellt. Häufig genug werden diesen Veranstaltern nicht nur die, wenn auch vielleicht gebremsten Arbeitsfähigkeiten ihrer Probanden zur Verfügung gestellt, sondern zudem noch eine Aufwandsentschädigung für die pädagogische Bemühung und die Aufsicht. Hiermit lassen vor allem Sozialeinrichtungen oder auch Kommunen einfache Arbeiten verrichten, die sie dann nicht mehr mit tariflich bezahlten Vollarbeitskräften in ihr Budget einrechnen müssen. So wäscht eine öffentliche Einrichtung mit Hilfe von Arbeitslosen die Hände der anderen und erspart den Aufstand gegen die mangelnden Steuereinnahmen von den Reichen - der Arbeitslosigkeit sei Dank.

Dass dabei von Training der Arbeitsfähigkeit und Wegen zur Wiedereingliederung in einen „Arbeitsmarkt“ keine Rede sein kann, liegt bei den Interessen und Fähigkeiten der beteiligten Institutionen und beim Stand der Arbeitslosigkeit auf der Hand. Es handelt sich eher um das Wiederaufleben von Arbeitshäusern, diesmal in ambulanter Form. Hat damals der Produktivitätsfortschritt im aufsteigenden Agrarkapitalismus eine „überflüssige“ Bevölkerung geschaffen, so produziert heute der in den „entwickelten“ Ländern schrumpfende Industriekapitalismus aus dem gleichen Grund eine neue Reservearmee und eine Schicht der „Nicht-Gebrauchten“.

Das konkrete Vorbild einschließlich der Rechtfertigungsideologie stammt aus der Küche von Bill Clinton, in den 90er Jahren Präsident USA aus der Demokratischen Partei, neben Tony Blair, einem der Vorbilder von Schröder:

Umstellung der Arbeitslosenunterstützung in „workfare“, womit die Antragsteller den Beweis für ihre Arbeitswilligkeit oder die Herstellung ihrer „employability“ (Anstellungsfähigkeit) erbringen sollten – also die Benutzbarkeit für Unternehmer und damit ihre Ausbeutungsfähigkeit.

Schröder und die SPD stolpern über ihre Dienste für das Kapital

Die sozialen Folgen eines solchen Kurses sind allerdings in einem längeren Boom ziemlich andere, als in einer Krise. Clinton und Blair konnten ihre sozialpolitischen Schweinereien mit dem Boom durchsetzen und kaschieren. Schröder hoffte offenbar auf den krisenfreien Kapitalismus und wurde nach 2000 prompt es Schlechteren belehrt. Er boxte dann die Agenda 2010 und darin vor allem Hartz IV als Notbremse durch, weil die Arbeitslosigkeit ungebremst zu steigen schien und damit durch die „paritätische“ Finanzierung der Sozialsysteme auch der Lohnaufwand der Unternehmer. Seit dieser Zeit steigen nicht nur die Arbeitslosenzahlen, offen oder versteckt, sondern sinken auch die Zahlen der Mitglieder und Wähler der SPD. Für die durch die SPD ins Abseits geschubsten Menschen ein geringer Trost – vor allem weil die meisten Beschäftigten sich potentielle Opfer nicht an ihre Seite stellten, sondern die Diffamierung der „Arbeitscheuen“ zumindest hinnahmen.

Nun gibt es die Subventionierung von vertraglichen Arbeitsverhältnissen nicht nur kombiniert mit Arbeitszwang, sondern als Vorstufe vor dem Purzeln in die Arbeitslosigkeit auch bei sonst normalen und mehr noch bei prekären Arbeitsverhältnissen. Für letztere ist die Frage der Zugehörigkeit zur wie immer gedachten „Arbeiterklasse“ nicht so problematisch, wie für Arbeitslose selbst. Aber statt zur Mehrwertproduktion aktiv beizutragen, wird ihren Unternehmern ein vom gesellschaftlichen Mehrprodukt über die Steuern eingezogener Teil für Lohnsubventionen wieder ausgeschüttet - ein absurder Vorgang.

Neben der völlig berechtigten Denunziation solcher Maßnahmen im zweiten Teil ihres Referates wird im ersten Teil versucht, das objektive Auseinanderdriften und -dividieren der Lohnarbeiter in die drei „Formen der Lohnarbeit“ („1., 2. und 3. Arbeit“), normale, subventionierte und Arbeit mit Zwang im Tausch für Unterhalt durch eine andere Sichtweise und ein anderes theoretisches Verständnis zu überbrücken, um darüber zu einer neuen solidarischen und kämpferischen Gemeinsamkeit zu kommen – also eine erneuerte Solidarität durch eine erneuerte „Einheit“ der Arbeiterklasse.

Ein neuer Kitt für die Zusammengehörigkeit der „Arbeiterklasse“?

Dafür werden *zwei Überlegungen* miteinander kombiniert:

Zum einen wird geltend gemacht, dass sogar die unter administrativem Zwang Arbeitenden nicht nur einen Beitrag zu ihrem materiellen Unterhalt erarbeiten, sondern mit der konkreten Tätigkeit auch einen nützlichen Beitrag zum „gesellschaftlichen System der Produktion und Reproduktion“ liefern. Zum anderen wird behauptet, dass die Einsortierung von Lohnarbeitern in die drei Formen der „Arbeit“ von ihrer jeweiligen „Produktivität“ abhängig sei und dies zur Folge habe, dass sie mit ihrer Arbeit in unterschiedlichem Ausmaß ihre „individuelle Reproduktion“ gewährleisten könnten. Dabei ist allerdings die „individuelle Reproduktion“ keineswegs identisch mit der „gesellschaftlichen“. Die „individuelle“ erfordert Lebensmittel im weiten Sinn, Die gesellschaftliche erfordert darüber hinaus Nachwuchs mit Unterhalt, Erziehung und Ausbildung und mindestens den Ersatz der Produktionsanlagen und der stofflichen Infrastruktur.

Der erste Punkt ist der Versuch den *Gebrauchswertzusammenhang* der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber ihrem *Wertzusammenhang* nicht nur hervorzuheben, sondern für die Entfaltung der Solidarität für wichtiger zu erklären.

Eine Erinnerung an die Lektüre des Kapital I von Marx zeigt jedoch, dass dieser Versuch leider vergeblich bleiben muß. Die Bewegungen (nicht nur der Reichtum) von Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht, werden ökonomisch von den objektiven Interessen (Ersatz des Kapitals, Mehrwertproduktion und Profitaneignung) der Kapitaleigentümer und ihrer Verwertung der Arbeit von Arbeitskraftbesitzern (*die Arbeiterklasse*) zur Verwertung ihrer Kapitale gesteuert. Dabei setzen sich die objektiven Interessen bei Kapitalisten und ihren Managern und bei Lohnarbeitern des Kapitals in praktisches ökonomisches und politisches Handeln (doppelte Praxis) über die Stufen von Einsicht, Motivation und Durchsetzungsfähigkeit um (also nicht automatisch).

Gebrauchswerte als Mittel zum Zweck der Verwertung

Die stofflichen Zusammenhänge gesellschaftlicher oder gar individueller Reproduktion sind aber durch das Kapital nur für die unmittelbaren Produktionserfordernisse zwingend zu berücksichtigen – alles andere wird dem Selbstlauf, den Katastrophen und dem Staat überlassen, sowohl bei den Individuen als auch beim Stoffwechsel mit der Natur (jüngst lässt der Golf von Mexiko grüßen; von der Veränderung des Klimas nicht zu reden). Die Beteiligung an der Erfüllung der erweiterten Erfordernisse von Produktion und Reproduktion der Gesellschaft gegen das Kalkül der Kapitalverwertung im Hinblick auf Solidarität, Vernunft und Moral geltend zu machen, ist aller Ehren wert – aber tendenziell vergeblich. Das gilt selbst bei den Lohnarbeitern - soweit es ihnen nicht mittels gewerkschaftlicher Organisation gelingt, ihre Konkurrenz untereinander und damit den praktischen Vorrang ihrer individuellen oder partikularen und kurzfristigen Interessen zumindest einzudämmen. Das ist zwar auch ein Problem der Einsicht und der Solidaritätstraditionen, vor allem aber eines der Interessenlagen innerhalb der Lohnarbeiterschaft. Und in der BRD und den anderen hochkapitalistischen Ländern sind die Verhältnisse (seit einiger Zeit) nicht so.

Probleme mit der „Produktivität“

Die zweite Überlegung ist jedoch politisch geradezu gefährlich: Es ist ja gerade die Rechtfertigung der Arbeitslosigkeit durch die Kapitalisten und ihre politischen Handlanger, dass die Arbeitslosen zu gering qualifiziert seien, daher ihre Produktivität in den Werkhallen, den Büros, den Verkaufsräumen und Praxen unterwertig, ihre Anstellung also nicht profitabel sei und daher unterbleibe – wer arbeitslos ist, taugt eben nicht für die Verwertung des Kapitals und auch nicht in allen anderen unter Knappheitszwang gestellten gesellschaftlichen Dienstleistungen.

Dazu ist an dieser Stelle nur ganz kurz dreierlei zu sagen: Produktivität ist ein Begriff, der Aufwand und Ergebnis ins Verhältnis stellt – und keine individuelle Eigenschaft der Qualifikation oder des Arbeitseifers. Außerdem findet der Aufwand in einem organisatorischen, apparativ-technisch ausgestatteten kollektiven Produktions- und Leistungsprozess statt. Darin die Ergebnisträchtigkeit individueller Arbeit feststellen zu wollen meistens unmöglich und wenig sinnvoll, höchstens das Versagen oder der völlige Ausfall stoppt den Gesamtprozess. Drittens und vor allem ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit einer Bevölkerung in einer abgegrenzten kapitalistischen Volkswirtschaft hauptsächlich vom Akkumulationspfad (extensives oder intensives Wachstum oder gar keines) des dort investierten Kapitals, seiner Außenhandelsverhältnisse und der internationalen Kapitalwanderung abhängig. Den Umfang der Arbeitslosigkeit leichtfertig mit einem falsch verwendeten Produktivitätsbegriff an das Qualifikationsniveau der Lohnarbeiter zu knüpfen, bedient ungewollt die Ideologie und Demagogie der Gegner der Lohnarbeiter. Das bleibt eine Sackgasse. Bevor wir Sozialismus haben, helfen gegen Arbeitslosigkeit nur Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne und eine allgemein höhere Lohnquote. Dagegen würde die Ausarbeitung eines anderen, am Gebrauchswert orientierten „Arbeitsbegriffs“, wie im zweiten Teil am Schluß des Referates als Resümee gefordert, zwar guten sozialen Willen zeigen, jedoch im besten Fall einfach folgenlos bleiben.
